

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 66, Cludenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-293
Verl.-Bureau: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag

19. Mai 1925

Berlog und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cludenstraße 3
Telefon: Dönhofs 2306-2307

Breitscheid über die Außenpolitik.

Die Wahl Hindenburgs und die deutsche Politik. - Nun erst recht Republik!

Die bleierne Langeweile, die sich gestern während der Beriefung des Herrn Stresemann über das Haus gelegt hatte, wurde heute durch den frischen Windhauch einer glänzenden Rede des Genossen Breitscheid verjagt. Breitscheid übte seine scharfe Kritik an den Hintermännern der Wahl Hindenburgs, und er verstand, seine berechtigten Warnungen vor den großen inner- und außenpolitischen Gefahren, die sie im Gefolge haben kann, in eine Form zu kleiden, die selbst die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen entwarf. Sehr wirkungsvoll waren die Partien der Breitscheidschen Rede, die herausarbeiteten, daß der jetzige Inhalt der Republik weit von sozialen Idealen entfernt sei. Im Lande werden gerade diese Stellen bei den arbeitenden Massen lauten Widerhall finden.

In der Forderung der Räumung des Ruhrgebiets und der Kölner Zone trat Breitscheid an die Seite der Reichsregierung. Mit treffender Schärfe wies er die Versuchung der Rechtsparteien zurück, nationale Gesinnung für sich zu monopolisieren: „Wir sind so deutsch als Sie, ja mehr als Sie, zumal wenn es gilt die nationale Gesinnung in der Opferung von Mark und Pfennigen für das Land zu beweisen.“

An das Ausland richtete Breitscheid die Forderung, dem deutschen Volke endlich volle Gleichberechtigung zu geben. In den Fragen des Völkerbundes und der Abrüstung war Breitscheids Rede von glühendem Idealismus getragen. Er hatte recht, als er gerade da, als die Rechte höhnisch lachte, den Deutschnationalen zurief: „Sie, die den Sozialdemokraten immer materialistische Gesinnung vorwarfen, mögen sich in den Fragen der Befriedigung zu unserem Idealismus bekennen.“

Die Rede, die tiefen Eindruck auf das Haus gemacht hatte, wurde von unserer Fraktion mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Die heutige Reichstagsitzung, in der die außenpolitische Debatte beginnt, eröffnet Präsident Löbe um 11 Uhr mit der Mitteilung, daß der Abg. Lipers (Welfe) an Stelle eines verstorbenen Vertreters dieser Partei in den Reichstag eingetreten ist. - Sodann beginnt vor dem stark besetzten Hause, in dem auch der Reichskanzler und der Reichsaußenminister anwesend sind, die Debatte mit der Rede unseres Genossen

Dr. Breitscheid:

Wir haben gestern eine Reihe von Berichten gehört, Berichte über die Auswärtigerhandlungen und den Bericht des Außenministers über unsere Beziehungen zum Ausland, die freundschaftlich, gut oder zumindest korrekt seien. Die Darlegungen des Außenministers hatten einen fast akademischen Charakter und er hat sich ängstlich gehütet, diesen Rahmen zu durchbrechen. Er ist an keiner Stelle auf die Kräfte eingegangen, die anderwärts und bei uns ihren Einfluß auf die zukünftige Gestaltung der Außenpolitik geltend zu machen bestrebt sind und die ihr möglicherweise auch eine veränderte Richtung geben können. Ich bin genötigt, die Debatte aus den Höhen dieser akademischen Betrachtungen in das Gebiet politischer Auseinandersetzungen zu führen und das wird vielleicht auch Herrn Stresemann nicht ganz unwillkommen sein, denn die trockene Zusammenstellung der Daten, zu der er gestern genötigt war, dürfte seinem theoretischen Temperament nicht ganz entsprechen haben und es wird ihm nicht unwillkommen sein, wenn ihm nun Gelegenheit geboten wird, sich über eine Reihe von Fragen über das rein Aktenmäßige hinaus zu äußern. (Sehr gut! links.)

Aber wir wenden uns auch an die gesamte Reichsregierung und unsere Interpellation fragt auch, ob die Regierung glaube, weiterhin das tun zu können, was sie tun möchte. Wir gehen dabei aus von der Tatsache, die Herr Stresemann unbestritten hat, nämlich von der Wahl eines neuen Reichspräsidenten, durch die das politische Gesicht Deutschlands für den Beobachter eine Aenderung erfahren hat. Nach dem Wortlaut der Verfassung brauchte ein neuer Reichspräsident keineswegs eine Aenderung der Reichspolitik zu bedeuten. Aber es hieße den Kopf in den Sand stecken, wollte man so tun, als ob sich seit dem 26. April und seit den vorausgegangenen Wahlmonaten nichts geändert hätte. Zum mindesten haben doch diejenigen, die die Kandidatur Hindenburgs aufgestellt und seine Wahl gemacht haben, sich dabei etwas Politisches gedacht, d. h. sie waren und sind heute noch der sicheren Erwartung, daß man eine neue Richtung eingeschlagen wird.

Mit besonderem Nachdruck ist der überparteiliche Charakter der Kandidatur und der Präsidentschaft Hindenburg betont worden. (Sehr wahr! rechts.) Mit welchem Recht das gerade in diesem Fall geschieht, ist uns allerdings nicht vollständig klar, zumal ja Herr v. Hindenburg sich als Mitglied einer bestimmten politischen Partei bekannt hat, die niemals den Anspruch erhoben hat und auch nicht erheben konnte, sozusagen über den Parteien zu stehen. (Zuruf rechts.) Mitglied der Deutschnationalen Partei war er. Wenn Ihnen das unbekannt ist, dann unterrichten Sie sich vielleicht darüber einmal bei Herrn v. Hindenburg selbst. Ich wähle nicht, wie gerade diese Präsidentschaft als besonders überparteilich bezeichnet werden könnte, insbesondere gegenüber der vorangegangenen Präsidentschaft; jedenfalls kann die Überparteilichkeit nicht mit größerem Recht in Anspruch genommen werden als für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Wir brauchen noch einmal die Gelegenheit, um von dieser Stelle aus in voller Ehrfurcht und mit vollem Dank der Tätigkeit des Amtsvorgängers des jetzigen Reichspräsidenten zu gedenken und erneut festzustellen, daß der erste Präsident der deutschen Republik

ganz ohne Rücksicht auf seine parteipolitische Herkunft sein Amt so objektiv verwaltet hat, wie es durch die Verfassung vorgeschrieben ist.

(Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Das Organ der Deutschnationalen Partei, die „Nationalpost“, hat dieser Tage es als eine Fügung der Gnade Gottes bezeichnet, daß Ebert zur rechten Zeit gestorben sei. (Stürmische Zustimmung links und in der Mitte.) Lieber den Geschmach läßt sich nicht streiten, am wenigsten mit den Hintermännern der „Nationalpost“. Allerdings glauben wir mit allen anständigen Menschen im Lande einig zu sein, wenn wir diese fast an Blasphemie grenzende Gemeinheit brandmarken. (Lebhafte Zustimmung.)

Was würden die Deutschnationalen gesagt und geschrieben haben, wenn ein Sozialdemokrat etwa den entsetzlichen Tod Karl Helfferichs als eine Fügung der göttlichen Gnade hingestellt hätte.

Die Demokratie verlangt, daß wir uns dem verfassungsmäßig ergangenen Volksentscheid fügen. Wir hören nach der Wahl nicht auf, die Gegner von vor der Wahl vertretenen politischen Ideen und Auffassungen zu sein, aber wir bringen dem Präsidenten den Respekt entgegen, der ihm als Person und der vor allem seinem Amt gebührt, so lange er sich im Rahmen der von ihm beschworenen Verfassung hält. Wir werden Gegnern Eberts auf dem Wege der Niederträchtigkeit, mit der sie es ihm bei Lebzeiten und noch im Tode angetan haben, seinem Nachfolger gegenüber nicht folgen. (Zuruf rechts.) Wir haben das auch in der Agitation nicht getan gegenüber der Person des Kandidaten von Hindenburg (Widerspruch rechts), und ein Vergleich zwischen der Art, wie die Befürworter der Kandidatur Hindenburgs die Kandidatur Marx bekämpft haben und was umgekehrt geschah, würde nicht zu Ihren (nach rechts) Gunsten ausfallen. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.)

Wir sind weit entfernt zu sagen, daß die Persönlichkeit des Mannes, der an der Spitze der Republik steht, gleichgültig für die weitere politische Entwicklung unseres Landes sei. Auch der englische König hat verfassungsrechtlich die Politik nicht zu bestimmen, es ist aber, wenn der König eine entsprechende Persönlichkeit war, wiederholt gesehen. Unsere Verfassung verpflichtet den Präsidenten zur Objektivität, zur Zurückziehung aus dem Streite der Parteien, so daß er insbesondere auch nicht einer Partei sein Ohr mehr schenken darf als der anderen. Aber die Rolle einer jeden Persönlichkeit, die auf diese Stelle kommt, hängt doch nicht zuletzt von den politischen Voraussetzungen ab, von denen diese Persönlichkeit ausgeht. Wir wissen sehr genau, welche politischen Voraussetzungen bei der Person des gegenwärtigen Präsidenten bestanden haben. Die Rolle des Präsidenten einer Republik hängt auch nicht zuletzt ab von seiner Umgebung und von dem Einfluß, den sie auf ihn ausübt oder ausüben versucht.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welchem Programm, mit welchen Hoffnungen, mit welchen Erwartungen diejenigen, die die Wahl Hindenburgs vorbereitet haben, in diese Wahlkampagne gezogen sind, so können wir uns selbstverständlich der Beforgnis nicht entziehen, daß diese Personen nunmehr sich bemühen werden, mit Hilfe des Reichspräsidenten ihre Erwartungen zu verwirklichen.

Gerade bei den Freunden der deutschen Republik im Ausland hat die Kandidatur und die Wahl von Hindenburg Beforgnisse hervorgerufen, insbesondere wegen der Erhaltung der republikanischen Verfassung und wegen der Weiterführung einer Außenpolitik der Verständigung und des Friedens. Daß Herr v. Hindenburg selbst im Herzen der Monarchie anhängt, wird niemand bestreiten. Es liegen auch von ihm selbst genug Äußerungen in dieser Hinsicht vor. Mindestens ebenso sicher ist, daß die Anhänger seiner Wahl der Republik abgeneigt oder feindselig sind und für viele von ihnen ist doch der Gedanke maßgebend gewesen, daß die Präsidentschaft Hindenburg einen Uebergang zur Monarchie darstelle. So z. B. hat ja die „Kreuz-Zeitung“ die Wahl Hindenburgs als ein Geburtstagsgeschenk für den ehemaligen Kronprinzen bezeichnet und bei einer Siegestundgebung des Nationalverbandes deutscher Offiziere hat der deutschnationale Reichstagsabg. Dr. Evertling die Wahl Hindenburgs gekennzeichnet als Beginn der Rückkehr zur Monarchie. Das ist übrigens derselbe Dr. Evertling, der bei meiner letzten Rede durch seinen Zuruf „Gott sei Dank“ bezeugt hat, daß schon die Berufung des Kabinetts Luther ein Schritt zur Wiederherstellung der Monarchie sei oder wenigstens von der Rechten so aufgefaßt wurde.

Herr v. Hindenburg hat auf die schwarzrotgoldenen Farben den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet. Von diesem Eid hat Dr. Evertling in der gestrigen „Kreuz-Zeitung“ geschrieben, dieser Eid sei das größte und schmerzlichste Opfer gewesen, das der Feldmarschall jemals gebracht habe. (Hört, hört! links.) Es wäre eine unsagbare Verächtlichung des Präsidenten, wenn wir auch nur im entferntesten annehmen wollten, daß er diesen Eid nicht durchaus ehrlich und aufrichtig geleistet hat. Wir glauben nicht an ein Damaskus des Präsidenten, wir glauben nicht, daß er innerhalb weniger Tage den Weg von der Monarchie zur Republik gefunden hat, aber wir sind davon überzeugt - einstweilen - daß Herr v. Hindenburg sich mit ehrlicher Ueberzeugung auf den Standpunkt gestellt hat, daß die republikanische Verfassung nicht nur als bestehend, sondern auch als der Erhaltung notwendig von ihm anerkannt wird. (Gebrumm rechts.)

Wenn Sie anderer Meinung sind, Herr Baerenz, so würde es uns außerordentlich interessieren, diese abweichende Meinung zu hören. Herr v. Hindenburg hat geschworen, daß er die Verfassung wahren wird, und das bedeutet, daß er die republikanische Verfassung gegen jeden Angriff mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht verteidigen wird. Wenn es Leute geben sollte, die den Verfassungseid Hindenburgs in einer Weise auslegen wollten, wie gewisse Mitros in den fünfziger Jahren den Verfassungseid Friedrichs wahrten wird, und das bedeutet, daß er die republikanische Verfassung ausgelegt worden ist, so würden wir es sein, die Herrn v. Hindenburg gegen derartige Freunde und Interpreten verteidigen würden.

Sie (nach rechts) sprechen gelegentlich davon, daß die Republik ja auch auf verfassungsmäßigem Wege abgeschafft werden könnte. Das ist theoretisch richtig, aber die Voraussetzungen dazu fehlen einstweilen. Denn trotz all ihrer Anstrengungen und trotz der Anziehungskraft, die auf weite Volkskreise die Kandidatur Hindenburgs auszuüben vermochte, so hat Hindenburg doch nur die relative Mehrheit erhalten und die Mehrheit der Wähler hat sich ganz zweifellos nicht auf dem Standpunkt gegenüber der Republik, auf dem die Freunde und Anhänger der Kandidatur Hindenburg gestanden haben. Es ist auch kein Zweifel, daß, wenn die Frage klipp und klar gelaute hätte, Republik oder Monarchie, dann Herr v. Hindenburg weniger Stimmen erhalten hätte. Die Reichsblockparteien haben ja immer wieder nachdrücklich erklärt, daß es sich gar nicht um die Frage Republik oder Monarchie handele.

Nun ist auch

unsere Stellung zur Republik

einer Kritik unterzogen worden. Es wurde behauptet, wir seien gar keine Anhänger der gegenwärtigen Staatsform. Das ist eine falsche Meinung. Allerdings sind auch wir nicht zufrieden mit der Republik, weil sie in ihrem heutigen Zustand durchsetzt ist mit kapitalistischem Geist, weil sie eine Republik des Kapitals, der besitzenden Klassen ist. Unsere Aufgabe besteht darin, aus dieser kapitalistischen Republik eine Republik des arbeitenden Volkes zu machen. Wir sind nicht töricht genug, an die Staatsform allein zu glauben, wir wollen ihre Erfüllung mit sozialem Geiste anstreben. Die republikanische Staatsform betrachten wir dazu als Basis und wir werden sie verteidigen gegen jeden Angriff, der auf sie unternommen werden sollte. (Lebhafte Beifall links.)

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes, des Großkapitals sagen, wenn ihnen Liebesgaben und Schwabölle gegeben werden, warum sollten sie sich dann nicht mit der Republik abfinden. Wir werden dann die Auseinandersetzung nicht mehr um das Prinzip, sondern um den Inhalt der Staatsform führen, die Auseinandersetzung um die Herrschaft und um die Leitung der Republik. So sehr wir also die republikanische Staatsform schätzen, so ist das wesentliche doch der Inhalt, den sie bekommen soll. Wir schützen die Republik aber auch deshalb, weil sie uns

die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens

zu sein scheint. Und hier erwächst uns die andere Sorge: Wird es möglich sein, nach der Präsidentenwahl die Politik des Friedens und der Verständigung weiterzuführen. Ich erinnere daran, wie Hindenburg als der Retter angepriesen worden ist. Er sollte uns vor allem möglichen retten, vor der Korruption, vor dem Zentrum, er sollte uns vor allem aber vor niemand anderem retten, als vor dem gegenwärtigen Außenminister. (Heiterkeit.) Ich will nicht alte Wunden in dem Herzen des Herrn Dr. Stresemann aufreißen. Aber ich will daran erinnern, daß seine Außenpolitik als verhängnisvoll bezeichnet wurde, daß er aufgefordert worden ist, sein Amt, so bald wie möglich aufzugeben, ja wir haben es erlebt, daß Herr Stresemann als Landesverräter bezeichnet wurde. (Große Heiterkeit.) Man hat es so dargestellt, als ob es keine größere Gefahr gäbe, als die Person von Stresemann. Wir Sozialdemokraten haben keine Verantwortung, uns schänken vor Herrn Stresemann zu stellen. (Sehr wahr bei den Soz.) Wir wissen ja nicht einmal, wie lange er sich hinter dem Schutzwall aufhalten würde, den wir vor seiner Person aufrichten könnten, und ob er nicht bald seinen Platz bei denjenigen suchen wird, die ihn heute bekämpfen. Aber die Herrn Stresemann angreifen, meinen etwas anderes.

Sie bekämpfen die Politik der Verständigung und des Friedens.

Diese Politik ist allerdings weder von Herrn Stresemann noch von Herrn Luther erfunden worden. Sie ist die Fortsetzung der Politik, die von anderen Reichskanzlern und Außenministern unter schweren Opfern eingeleitet worden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es handelt sich vor allem um einen Angriff auf den Garantiepakt in der Sicherheitsfrage, wie er von der Regierung Luther angeregt worden ist. Herr Stresemann hat sich auf die Ausführungen berufen, die er im Auswärtigen Amt und vor Pressevertretern früher gemacht hat. Es muß doch aber an die Geschichte des Garantiepaktes erinnert werden. Als im Jahre 1919 der Friedensvertrag abgeschlossen werden sollte, da befanden die französischen Militärs über der Rheingrenze. Sie haben davon abgesehen, als Lloyd George ihnen einen Garantiepakt gegen Deutschland anbot. Bis 1922 ist dann nichts in dieser Frage geschehen. Das Vakuum ist erst unter Briand unterbrochen worden, als England wiederum einen Garantiepakt gegen Deutschland anbot. Auch damals ist er nicht verwirklicht worden. Aber die Gefahr, daß zwei bis drei Mächte gegen Deutschland einen solchen Pakt abschließen, besteht heutzutage noch. Die Regierung befand sich also auf dem richtigen Weg, als sie versuchte, diese Gefahr abzubiegen und den Vorschlag machte, Deutschland als gleichberechtigtes an dem Garantiepakt teilnehmen zu lassen. Was haben wir aber gesehen! In den letzten Tagen vor der Wahl sind die schwersten Attacken gegen die Regierung und gegen Herrn Stresemann geritten worden, als ob allein Frankreich und England und nicht gleichzeitig Deutschland Vorteile von einem solchen Vertrage haben würden.

Die heute gegen den Sicherheitspakt Sturm laufen, dürfen sich nicht einbilden, daß der 26. April für die Erfüllung ihrer Forderungen größere Garantien geschaffen habe. Man redet von der Preisgabe Elsaß-Lothringens. Wir haben doch aber den Friedensvertrag unterzeichnet und dieser ist jetzt geltendes Recht. Wir haben darin auf Elsaß-Lothringen verzichtet. Wenn etwas durch den Sicherheitspakt hinzukommen soll, so könnte es sich nicht nur darum handeln, daß etwas hineinkommt, was bisher nicht enthalten war. Daß Deutschland Elsaß-Lothringen verloren hat, bedauern wir Sozialdemokraten ebenso sehr wie Sie (nach rechts), wir bedauern es insbesondere deshalb, weil es ohne Volksabstimmung verlorengegangen ist. Aber wir dürfen uns dor-

über keiner Mäusen hingeben. Wenn wir heute dort eine Volksabstimmung vornehmen würden, so glaube ich nicht an den Willen der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen an die Rückkehr nach Deutschland. Mag die elsass-lothringische Bevölkerung nach Sprache und Abstammung auch deutsch sein, so ist sie doch seit der großen Revolution mit Frankreich verbunden.

Ob uns das angenehm oder nicht angenehm ist, ändert an der Tatsache nichts. Und darum können wir auch den Protest einiger Deutscher nicht ernstnehmen, die aus Elsaß-Lothringen vertrieben wurden. Wenn wir ernst und vorurteilslos diese Frage prüfen, so kommen wir zu keinem anderen Ergebnis. Wer von einer Preisgabe Elsaß-Lothringens spricht, der vergißt, daß ein lebendiges Volk nur dann preisgegeben werden kann, wenn seine Zugehörigkeit zu einem anderen Staat gegen seinen Willen geschieht und wir nichts dagegen tun. Aber was das wichtigste ist:

Sollen wir uns der Illusion hingeben einer Wiederherstellung Deutschlands im alten Rahmen, oder sollen wir durch Vergleich und Verständigung Zustände zu schaffen suchen, die Dauer versprechen, die eine wirkliche Befriedigung Europas herbeiführen geeignet sind?

Genosse Breitscheid schloß: Sehr gilt es, die Souveränität des Volkes zu befestigen gegen einen Felsen von Erz. Unsere Parole lautet nach der Wahl: **Nun erst recht Republik, nun erst recht Ausbau zu einer Republik des arbeitenden Volkes, nun erst recht Politik des Friedens und der Verständigung.** Wer mit uns zusammengehen will auf dem Wege zum Ausbau der Republik, auf dem Wege zum Frieden und zur Verständigung und zu den Bereinigten Staaten von Europa, der ist uns willkommen. (Stürmischer Beifall links.)
Hierauf nimmt der Abg. Graf Westarp (Dnat.) das Wort.

Strefemanns Presse.

Die Deutschnationalen lehnen ihn ab.

Das Echo der Strefemann-Rede in der Berliner Presse ist gedämmt wie die Rede selber. Die demokratische Presse und die Zentralpresse stellt fest, daß Männer wie Wirth und Rathenau auch nichts anderes hätten sagen können. Sie wären freilich dafür beschimpft, und — vielleicht ermordet worden. Die „Germania“ schreibt:

„Wenn frühere Regierungen so nachdrücklich den Willen zu „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ bekundet hätten, wie es gestern Strefemann tat, die deutschnationale Presse hätte an ihnen kein gesundes Haar mehr gelassen.“

So übel wird freilich Herr Strefemann von der deutschnationalen Presse nicht behandelt. Sie beschränkt sich darauf, höflich und entschieden anzudeuten, daß sie anderer Meinung sei, und legt ihm nahe, seine Haltung zur Sicherheitsfrage zu ändern. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Ueber die Sicherheitsfrage hat Dr. Strefemann kaum etwas Neues gesagt. Unsere Einwände und Bedenken bleiben bestehen. Insbesondere fehlt jedes Eingehen auf die Frage, ob die von ihm eingeschlagene Politik nicht heute schon als in den meisten Punkten erfolglos erwiesen ist, auf die bedauerlichen Rückwirkungen, die sie auf die Botschaften Frankreichs im Osten ausgeübt hat und auf ihre offenbar völlig negativ gebliebene Wirkung auf Entwaffnungs- und Räumungsfrage.“

„Nehulich äußert sich die „Kreuzzeitung“:
„In der Beurteilung der Sicherheitsfrage weichen wir bekanntlich von dem Standpunkt Dr. Strefemanns in erheblichen Punkten ab. Wir haben es an und für sich nicht für einen Fehler gehalten, daß Deutschland in dieser Frage die Initiative ergriffen hat. Aber es ist und bleibt doch zweifelhaft, ob bei dem Lauf, den die Dinge genommen haben, es überhaupt noch zweckmäßig ist, das ganze Projekt weiter zu verfolgen.“

Die „Deutsche Zeitung“ führt eine kräftigere Sprache. Sie spricht von „Strefemanns Verzichtspolitik“ und schlägt agitatorische Töne gegen ihn an:

„Herr Dr. Strefemann aber hat mit seinem Vorschlag, die bisherige vom ganzen deutschen Volke getragene Auffassung, daß uns die Unterschrift unter den Versailler Vertrag abgepreßt sei, null und

nichtig gemacht; er will freiwillig anerkennen, was bisher als Unrecht und Verbrechen angesehen wurde. . . . Durch seine gestrigen Ausführungen im Reichstage hat er erneut und klar bewiesen, daß er voll und ganz auf Verzicht eingestellt ist und auf diese Weise auch noch die letzten Nachmittel, die wir haben, nämlich den Protest gegen den Versailler Vertrag, den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage und — unsere wirtschaftliche Kraft preisgibt.“

Die Hugenberg-Presse gibt jedem das Seine. Im „Lokal-Anzeiger“ wird Strefemann für die Wahrung der Kontinuität der Außenpolitik belobt, im „Tag“ wird seine Politik als „Politik für Zerbrochene“ abgetan und ihm folgende Bosheit ins Stammbuch geschrieben:

„Von jetzt ab brauchen wir, wie Hindenburg in seiner ersten Programmrede in Hannover es verlangt hat, Leute, die ihr Alles an die Wiederherstellung der Ehre der deutschen Nation setzen. Also Männer, nicht bloß Außenminister.“

Die Presse der stärksten Regierungspartei trennt sich in den wesentlichen Punkten vom Außenminister des Reichstags. Sie spekuliert nicht auf den Erfolg, sondern auf den Mißerfolg seiner Politik.

Tagung des ADGB.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat heute zu seiner 17. Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsitzende des Bundes, Leipzig, dem Bergarbeiterverband die aufrichtige Teilnahme des Bundesvorstandes und des Bundesauschusses zu der erschütternden Grubentatastrophe von Dorstfeld zum Ausdruck. Binnen weniger Monate ist die Bergarbeiterschaft von einer sich in besorgniserregender Weise häufenden Zahl von Unglücksfällen heimgesucht worden, denen eine große Zahl von Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes zum Opfer gefallen ist. Wenn es auch vielleicht nicht möglich ist, diese verhängnisvollen Ereignisse gänzlich zu verhüten, so kann sich doch der Bundesauschuß dem Eindruck nicht entziehen, daß für das Leben der von Gefahren verschiedenster Art mehr als andere bedrohten Bergleute nicht mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit Sorge getragen wird. Der Bundesvorstand wird mit dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes, der schon seit Jahrzehnten auf diesem Gebiet des Arbeiterschutzes tätig ist, zusammenwirken, um den Kreis der Gefahren wirksam einzuschränken und dafür zu sorgen, daß den Hinterbliebenen der Opfer geholfen wird. Ohne Unterschied der Parteien müßten alle Volksteile es als eine Ehrensache des ganzen Volkes ansehen, daß der Arbeiterschutz im Bergbau tatkräftig und planmäßig gefördert und die Ueberwachung der Schutzmaßnahmen streng durchgeführt wird.

Der Bundesauschuß ehrt das Andenken der Opfer der Arbeit, indem er sich während der Ausführungen des Bundesvorstandes von seinen Plätzen erhob.

Das Steuerüberleitungsgesetz.

Neue Milderungen für die Vorauszahlungspflichtigen.
Im Steuerauschuß des Reichstags wurde am Montag zunächst der folgende sozialdemokratische Antrag angenommen:

Die seit dem 1. Januar 1924 vom Arbeitslohn einbehaltenen Steuerbeträge werden auf Antrag erlassen, wenn der steuerfreie Lohnbetrag nicht in Höhe von 610 Reichsmark im Kalenderjahr oder von 155 Reichsmark im Kalendervierteljahr überschritten worden ist.

Der Ausschuß setzte sodann die Beratung des Steuerüberleitungsgesetzes fort. Und zwar den Teil, der sich mit den Vorauszahlungen vom 1. Januar 1923 ab beschäftigt. Der Regierungsentwurf sieht vor, daß die bisherigen Vorauszahlungen fortgesetzt werden bis zur Zustellung eines neuen Steuerbescheides auf Grund der ersten wieder regelmäßigen Veranlagung. Diese ist bei Landwirten bis zum Spätherbst 1925, bei den nach dem Kalenderjahr Veranlagten bis zum Frühjahr 1926 zu erwarten.

Von der Regierung wurde darauf verwiesen, daß der Entwurf in einer Reihe von Sondervorschriften

weitere Milderungen vorsieht.

Die Landwirtschaft sollte künftig Vorauszahlungen nur an drei Terminen leisten. Mit Rücksicht darauf, daß im November die künftigen Mittel der Landwirtschaft am größten sind, soll die Novemberrate die Hälfte und die Februar- und Wairate je ein Viertel des Gesamtbeitrags ausmachen. Erwerbsgesellschaften, die ihre Vorauszahlungen nach dem Vermögen bemessen, sollen bereits bei den Vorauszahlungen für 1923 die Steuerstufe vom 31. Dezember 1924 zugrunde legen dürfen.

In der ausführlichen Debatte verlangte Abg. Dr. Fischer (Dem.) die allgemeine Milderung der Vorauszahlung um 3 1/2 Prozent, statt um 25 Prozent. Abg. Beuß (Z.) plädiert für den Uebergang zur Selbstverschätzung. Staatssekretär Dopff hält beide Anregungen für verfehlt, die Ermäßigung um ein Drittel sei nicht möglich. Die Anpassung der Vorauszahlungen an die wirkliche Leistungsfähigkeit sei auf dem von der Regierung gemiesenen Weg ebenso gut zu erreichen wie auf dem Wege der Selbstverschätzung.

Beschlossen wird, den Vorauszahlungstermin vom 10. Juni auf den 10. Juli zu verschieben.

Diese Vorauszahlung ist dann für zwei Monate fällig und soll er möglichen, daß die nach § 30 des Ueberleitungsgesetzes neu festzulegenden Vorauszahlungen mit der wirklichen Steuerpflicht übereinstimmen.

Der Antrag des Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.), die Vorauszahlungen um ein Drittel zu ermäßigen, wurde gegen die Stimmen der Demokraten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei abgelehnt.

§ 30 der Regierungsvorlage sieht weiterhin vor, daß Steuerpflichtige, die ihr mutmaßliches Einkommen so niedrig eingeschätzt haben, daß die gesamten Vorauszahlungen mehr als ein Viertel hinter der endgültigen Einkommensteuer zurückbleiben, Verzugszuschläge zu entrichten haben.

Der Ausschuß beschloß, daß die Vorschrift, monach, um Härten zu vermeiden, das Finanzamt von der Verzugszuschläge absehen „kann“, umgewandelt wird in eine Formulierung, monach das Finanzamt von der Erhebung der Verzugszuschläge abzuweichen „hat“, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß ihn kein Verschulden trifft.

Bei § 32 der Regierungsvorlage, der für Kleingewerbetreibende besondere Erleichterungen schafft, beschloß der Ausschuß, die Einkommenshöchstgrenze für diese Kategorie Steuerpflichtiger, die in der Vorlage 8000 M. Einkommen beträgt, auf 12 000 Reichsmark zu erhöhen.

Das interalliierte Schuldenproblem.

Amerika drängt auf Regelung.

Paris, 19. Mai. (W.T.B.) Nach einer Havos-Meldung aus Washington hat die amerikanische Regierung gegenüber allen Ländern, mit denen Abmachungen bezüglich der Schulden noch nicht getroffen worden sind, einen Schritt unternommen und dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß nunmehr bald Besprechungen mit der amerikanischen Schuldenkommission eingeleitet würden, um zu einer Regelung zu gelangen. Die Amerikaner seien an alle Schuldnerstaaten zu gleicher Zeit herangetreten. Nach einer Mitteilung aus dem Staatsdepartement ist keine offizielle Note abgefaßt worden. Wohl aber hätten kürzlich durch Vermittlung der diplomatischen Vertreter Besprechungen stattgefunden. Die Meinung der informierten Kreise sei nach der Erklärung einer hochstehenden Persönlichkeit folgende: 1. es sei der Wunsch der amerikanischen Regierung, die Schuldenfrage vor dem Zusammenritt des Kongresses im Dezember so weit zu fördern, daß leitende Dispositionen im Kongreß vermeiden werde; 2. es sei die Ansicht des Präsidenten und seiner Ratgeber, daß jeder Fortschritt in der Lösung der Schuldenfrage nur zur Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse beitragen könne; 3. es bestehe der Wunsch, die öffentliche Meinung in Frankreich dadurch zu beruhigen, daß man mit allen Schuldnerstaaten gleichzeitig Verhandlungen anknüpfe.

Frankreich will neue Vorschläge machen.

Paris, 19. Mai. (Sig. Drahtbericht.) Der „Temps“ will wissen, daß die französische Regierung spätestens innerhalb der nächsten 14 Tage England und Amerika neue Vorschläge zur Regelung der internationalen Schulden unterbreiten wird.

Feuer in den Winden.

Von Walter G. Dschilewski.

In der letzten Nacht vor Ostermond lagen wir in einem kleinen Wald von jungen Kastanien unweit der Stadt Veschiera. Köstliche Lieder hingen im Wind und bewegten die tausend schönen Sterne, die dann von dem blauvioletten Himmel sprangen. Wer aber soll in diesen Nächten schlafen können! Am Abend fiel das purpurne Gewand über die Wälder, so daß wir aufschrien und nicht stark genug waren, dies feurige Königstum zu tragen, und als es schon in den Wolken mehr und mehr zu dunkeln begann, floß noch immer das blühende Feuer der Granatbäume über unseren Häupten.

Jedoch um Mitternacht verlosch der Wein. Als sich auch die Vögel und Käfer zur Ruhe begaben, rauschte nur noch das Gras in den Sternen und aus dem mondernen Horn fiel kirschend und wie das Getöse vieler Harfen kristallenes Laub. Doch der Wind, von den Körnern des Tages salzigem, der Wind, von dem man nie wußte, ob er aus dem noch süßeren Süden mit edlen Speyerereln oder von den Bergen mit dem feuchten Geruch bronzener Rachtzeit käme, führte Perlen, wilde Rosen und frühlingblauen Englian herein. Im leichten Anflug, wie das Schälchen der Madonnen, die hier überall in den Kirchen und Kapellen stehen, erzitterte der nächtliche Wald.

Doch bald darauf erlitten im östlichen Gemebe des Himmels die Sonne, eine glühende Korawanen. Del und Palmenholz, der weiße und rote Regen des Ostenders. Honig und Nitagobereen und leuchtende Kristalle waren die Frucht. Während in der Ebene der Duft der Mandelbäume mit dem Rauch des Horizonts zu einem Wein herrlichster Bereitung zusammenfloß, tritt auf den Bergen, mit den dunkelsten Gewändern angetan, der erwachende Morgen. Bald schwirzten und brausten auch die Schmetterlinge, Bienen und Libellen im Wald, aufstanden waren die Gräser und alle Vögel und ein heßer Gesang lag wie Eisenbein unter der Sonne.

O, wie erhob sich auch der Tau in den Rosen und duftete zart. Die Wolken wurden zu opakenen Flügeln; herrlich öffnete der Tag sich, eine glühende Muschel.

Schon kamen aus den Dörfern die Mädchen; köstliche Früchte des Landes. In den großen Weidenkörben trugen sie frisches Gemüse, Feigen und die ersten in die Stadt. Auch die Bauern fuhren mit Obst und Wein; der Mais blühte schon und in den Kastanien hingen die Vögel wie malgrüne Tropfen. Ueber uns der Himmel wie Stahl, gefüllt und behangen mit Gewürzen und den gelben Blüten des Arnika. Als wir wieder in die Berge kamen, rief uns das Losen eines Wasserfalls die Stimme fort. Was einst vor uns lag, lag dann hinter uns. . . .

In der Ebene noch waren dunkle Zypressen der letzte Gruß. Und uns, da wir wieder freudig gen Norden eilten, der liebste Gruß. Dunkle Zypressen! Heilige Silhouette der Traurigkeit! Aber kein Tier erriert in deinem Schatten, kein Mensch verzweifelt in deinem Umkreis: dein Herz ist ein gebenedeutes Haus!

Was reißt uns immer über die Beige? Wer jagt uns, geborstenen Herzens, in das himmlische Joch? O, Italien! In deine Herrlichkeiten sind zu schwer für uns. Roggen der Seele, es kommt auch der Schnitter im heimatischen Land!

„Quel ciel, così bello, quando è bello, così splendido, così in pace“ (Dieser Himmel, so schön, wenn er schön ist, so leuchtend, so friedlich) rief der Dichter Alessandro Manzoni. Heimliche Traube des Himmels, o Deutschland, darin wir geboren, ruf ich, ebenso schön bist du!

Das Gehirn des Genies. Einen neuen Beweis für die Tatsache, daß die geistige Fähigkeit des Menschen nicht ohne weiteres von der Größe und dem Gewicht des Gehirns abhängt, bringt die „Revue moderne de Médecine“ mit dem Bericht über den Befund des Gehirns des kürzlich verstorbenen Anatole France. „Das Gehirn“, heißt es in dem Bericht, „war von ungewöhnlich geringem Gewicht. Es wog nur 1017 Gramm, was für einen hochgemachten und wohlgebauten Greis von 75 Kilogramm Körpergewicht als gering gelten muß. Es wird damit aufs neue erwiesen, daß das Genie in keiner Beziehung zu der Größe des Gehirngewichts steht. Die Unterlegung bestätigte vielmehr die Annahme, daß die Tiefe der Gehirnrindungen ist, die als verursachendes Moment hier in Betracht kommt. Diese Beobachtung hätte man bereits bei dem Gehirn Gambettas gemacht. Sie ist aber hier noch beweiskräftiger, da das Gehirn Anatole Frances fast volle 400 Gramm weniger wiegt als ein durchschnittliches Normalgehirn, dessen Gewicht im allgemeinen mit 1300 Gramm anzunehmen ist. Wie schon bei Gambetta stellte man auch bei Anatole France eine große Zahl von komplizierten und sehr tiefen Windungen des Gehirns fest. Nicht die Größe und das Gewicht des Gehirns, sondern die Beschaffenheit seiner Windungen und Furchen ist also charakteristisch für die geistige Konstitution.“

Wegen Darwin ins Juchhaus. Der englische Dichter und Schriftsteller H. C. Wells, ein begeisterter Vorkämpfer der von Darwin geschaffenen Entwicklungstheorie, hat eine merkwürdige Auforderung erhalten. Ein Lehrer an der Hochschule von Tennessee, J. L. Scopes, hat sich an ihn mit der Bitte gewandt, ihn zu verteidigen, da er wegen Verletzung des in diesem Staate erlassenen Verbotes der Verbreitung des Entwicklungsgedankens verhaftet und in Anklagezustand versetzt worden ist. Der Hauptankläger des Dr. Scopes, der nur Dinge gelehrt hat, die bei uns in jeder Volksschule behandelt werden, ist der oft durchgefallene Präbendenslandbesitzer Bryan. Dieser hat in einigen Südstaaten die Annahme eines Gesetzes veranlaßt, das jedem öffentlichen Lehrer bei Juchhausstrafe untersagt, die Theorie zu verbreiten, nach der der Mensch irgendwie vom Tier abstammen soll. Nach Bryans Ansicht, die er jüngst in einer Rede vertat, sind die amerikanischen Gelehrten „unehrliche Schurken, die den religiösen Glauben der amerikanischen Kinder wegnehmen“, weil sie die Ideen Darwins vertreten. Die Humoristen, die sich mit dieser Verhastung viel beschäftigen, machen darauf aufmerksam, daß die Freiheitsstatue im Hofen von New York dem öffentlichen Anblick entzogen worden ist; sie befindet sich nämlich in Reparatur. . . .

Verbesserung der Reiseführer. Der Vorstand des Deutschen Werkbundes hat sich in seiner letzten Sitzung mit einer von Dr.-Ing. Leo Adler in Leipzig ausgegangenen Anregung beschäftigt und beschlossen, mit den Fremdenverkehrsvereinen in Fühlung zu treten und ein Zusammenarbeiten der Werkbündgruppen mit den Vereingern von Reiseführern einzuleiten. Es handelt sich um jene vielen Kunstjuristen, die sich in den meist verkehrten Reise- und Ortsführern finden und die mit ihrer längst überakterten Auffassung des Publikum nur irreführen können. Die Frage ist für die geschmackliche Erziehung unseres Volkes, die sich ja bei der Abstumpfung des Auges des Stadtmenschen gegenüber seiner gewohnten alltäglichen Umgebung hauptsächlich auf Reisen zu vollziehen pflegt, durchaus nicht unwichtig. Schon vor der Reise pflegt man sich aus dem Handbuch auf die dort zu erwartenden Schönheiten vorzubereiten, und die meisten Reisenden lesen dann noch beim Besuch wiederum durch, was in ihrem Führer steht. Und da steht gerade in den meist benutzten Büchern in der Regel ein Geschmacksurteil, das ein Vierteljahrhundert alt, wenn nicht älter ist, und das immer wieder neu gedruckt wird. Der Jugendstil pflegt das letzte zu sein, was dort angepriesen wird; die meisterlichen Leistungen der Baukunst von heute, die technischen Werke, die für die meisten Reisenden viel eindrücklicher wären als ein beliebiges Wohnhaus aus dem Jahre 1800, werden überhaupt verschwiegen. Wenn der Werkbund im Verein mit den verwandten Verbänden hier Wandel schaffen und bessere Reiseführer vorbereiten hilft, tut er in der Tat ein gutes Werk.

Die meistbeschäftigte Behörde ist das Berliner Einwohnernormaleamt. Es hat im Durchschnitt nicht weniger als 24 000 Eingänge täglich zu erledigen. Zu diesem Zweck stehen ihm 300 Beamte in 88 Räumen zur Verfügung. Die in dem Normaleamt angelegten Karteotheken enthalten über 24 Millionen Namen. Mehrere Beamte haben allein mit je einem einzigen Namen zu tun, nämlich mit den Weltweitnamen Müller, Krause, Schulze usw., die allein in je einer viertel Million Stück vorkommen.

Ausstellung holländischer Gemälde. Im Rahmen des „Volksamerikaner“ findet von Anfang Juni bis 31. August im Drangeregebäude im Park von Sanssouci eine Ausstellung holländischer Gemälde von 1875-1925 statt. Es ist das erstmal, daß die neue Galerie der Niederlande in einer geschlossenen, einen Zeitraum von 50 Jahren umfassenden Ausstellung in Deutschland gezeigt wird. Neben den Gemälden wird eine Auswahl anstereileser Graphik ausgestellt werden.

Inland und Deutschland. Inland und die Völkler mit ihrer heute noch lebendigen Sozialkultur und landesfähigen Abwehrkräfte werden erst jetzt der Welt langsam bekannt. Nach der „600-jährigen Nacht“ blüht bereits in dem kleinen Volk jeder Zweig der Kunst und Kultur. Alle Seiten der Kultur, in allen Bahndritten, mit die „Vereinigung der Inlandfreunde“ pflegen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich 6 M. bei kostenloser Lieferung der Vierteljahrshefte „Mitteilungen der Inlandfreunde“. Anmeldung neuer Mitglieder an Dieberichs Verlag in Gena. Zum Ausbau der Vereinigung sind Ortsgruppen zum Teil entstanden und zum Teil im Entstehen begriffen in Berlin, Leipzig, München, Wien usw.

Deutsche Kerze in Moskau. Eine deutsche Kerzengruppe, darunter Professor Dr. Jakobson, Vorsitzender der Gesellschaft zur Beförderung der Geschichtskunde, ist in Moskau eingetroffen. Die Deutschen Kerze bezieht das Gesundheitsministerium. Von hier aus berichten sie sich nach Charkow zur Teilnahme am allrussischen Kongreß zur Beförderung der Geschichtskunde.

Der Waldbrand in Pommern.

Ueber den ungeheuren Waldbrand, der, wie bereits kurz gemeldet, am gestrigen Montag im Südteil des Kreises Rangard in Pommern ausgebrochen ist, werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Das Feuer entstand aus bisher noch nicht aufklärter Ursache am Montag vormittag gegen 11 Uhr in dem großen, zur Oberförsterei Friedrichswalde gehörigen Staatsforst, der östlich der Bahnstrecke Altzimm—Gollnow zu beiden Seiten der diese beiden pommerschen Städte verbindenden Chaussee liegt. Gerade dieses Waldgebiet, das in der Hauptsache von Kiefern, daneben aber auch von Buchen und Eichen bestanden ist und außer dem Revier der Oberförsterei Friedrichswalde auch das staatliche Revier der Oberförsterei Bütt und den Staatsforst von Altzimm umfaßt, war im vorigen Jahr besonders stark vom Forstschaden heimgegriffen worden. Infolgedessen mußten in den letzten Monaten starke Einschläge vorgenommen werden, an denen neben Altzimm und Stettiner Holzhandelsfirmen auch die Firma Stinnes sehr stark beteiligt war. Ein großer Teil des geschlagenen Holzes war noch nicht abtransportiert. Die stehengebliebenen Bestände waren durch den Forstschaden stark mitgenommen und teilweise verrotten. Infolgedessen fand das Feuer sofort reiche Nahrung. Unglücklicherweise herrschte am gestrigen Montag ein

heißer Sturm, der die Flammen aufpflanzte, so daß sie sich mit rasender Schnelligkeit verbreiteten. Im Zeitraum von einer Stunde hatte der Waldbrand bereits eine ungeheure Ausdehnung angenommen und ergriff von Stunde zu Stunde immer neue Bestände des weiten Waldgebietes. Durch die in Frage kommenden Oberförstereien waren angefordert die ungeheuren Gefahr nicht nur die Feuerwehren aller umliegenden Gemeinden, sondern auch die nächsten Militärbehörden benachrichtigt worden. Im Laufe der Nachmittagsstunden trafen außer den freiwilligen Feuerwehren in Postwagenzügen Reichswehrtruppen aus Altzimm von der 1. Infanterieabteilung 2, aus Stargard vom Infanterieregiment 2 und vom Infanterieregiment 5 in dem vom Feuer bedrohten Gebiet ein, und unter Leitung der ebenfalls herbeigeeilten Reichswehrkommandos wurden die Rettungsarbeiten in Angriff genommen. Zunächst allerdings schien alle Arbeit vergeblich. Um 5 Uhr nachmittags war das Flammenmeer bereits so dicht an das

Dorf Hornstrug
an der Strecke Altzimm—Gollnow herangekommen, daß die Vorbereitungen für die Räumung der kleinen Ortschaft getroffen werden mußten. Mit allen verfügbaren Kräften gingen die von einer furchtbaren Aufregung befallenen Bewohner daran, alles bewegliche Inventar aus ihren Häusern auf bereitstehende Militärfahrzeuge und sonstige Fahrzeuge zu verladen. Das Vieh wurde von der Weide und aus den Ställen zusammengedrängt und in die Obhut der Frauen und Kinder gegeben, während gleichzeitig alle männlichen arbeitsfähigen Bewohner des Dorfes daran gingen, Schuttränne und Dämme rund um den Ort aufzuwerfen. Sie hatten dabei stark unter den Einwirkungen des immer stärker werdenden Rauches und der furchtbaren Hitze des Brandes zu leiden. Währenddessen wälzte sich

das Flammenmeer immer weiter nach Westen, erreichte die Chaussee Altzimm—Gollnow, die schließlich gesperrt werden mußte und drang weiter in der Richtung auf die Bahnstrecke zu. Um 6 Uhr abends war nach vorläufiger Schätzung ein Waldgebiet von rund 15 Kilometer Länge und 4 Kilometer Breite von

den Flammen erfaßt, und noch immer schien es trotz der aufopfernden Tätigkeit der Reichswehrtruppen, der Feuerwehren und zahlloser freiwilliger Helfer aus der Umgegend unmöglich, den Flammen Einhalt zu gebieten. Immer wieder peitschte der Sturm die Flammen auf. Riesige Kiefernhaufen wurden von der Gewalt des Windes, Feuerfäden gleich, weite Strecken durch die Luft getragen und in bis dahin noch nicht betroffene Waldgebiete geschleudert, so daß sich unauflösliche neue Brandherde bildeten. Das grandiose Schauspiel dieses Waldbrandes, der weithin sichtbare Rauchschwaden erzeugte, hatte Tausende von Menschen angezogen, die selbst von Stettin her, wohin der Sturm den Rauch getrieben hatte, in Autos und Fuhrwerken herbeigeeilt waren. In den Abendstunden schien es, als ob nicht nur das Dorf Hornstrug ein Raub des rasenden Elementes werden sollte, auch die Bahnhofsgebäude Krimmswalde und Groß-Christiansberg an der Bahnstrecke Altzimm—Gollnow schwebten bereits in äußerster Gefahr. Von der Reichsbahndirektion Stettin waren in aller Eile Hilfszüge nach den genannten Stationen dirigiert worden, um im Falle äußerster Gefahr das Bahnpersonal und das Inventar der Bahnhöfe in Sicherheit zu bringen. Um 8 Uhr abends trat dann schließlich

eine Wendung zum Besseren ein. Der Wind, der sich schon vorher etwas gedreht hatte und nicht mehr direkt auf die Bahnstrecke zu, legte sich mit zunehmender Dunkelheit völlig, so daß buchstäblich im letzten Augenblick das Dorf Hornstrug und die beiden Eisenbahnstationen gerettet waren. Nachdem der Brand einmal eingedämmt war, gelang es den Rettungsmannschaften, ein weiteres Umsichgreifen des Feuers erfolgreich zu verhindern. Die von den Flammen ergriffenen Bestände sind restlos niedergebrannt. Die ganze Nacht über schweelte es in dem einst so schönen Waldgebiet, das nun ein Bild traurigster Zerstörung darstellt. Erst heute früh um 8 Uhr konnten die Reichswehrtruppen wieder in ihre Garnisonen abrücken.

Der angerichtete Schaden
Ist vorläufig noch unabsehbar. Insgesamt dürften 600 Hektar Wald vernichtet sein, und zwar die Bestände der Oberförsterei Friedrichswalde vollständig, sowie große Teile des Reviers der Oberförsterei Bütt und des Staatsforstes Altzimm. Die fraglichen Forsthäuser selbst lagen glücklicherweise abseits von den Revieren, so daß die Bewohner nicht in Gefahr waren. Der Wert der vernichteten Baumbestände dürfte unter Berücksichtigung der von der Forsteule angerichteten Schäden sich auf mindestens 10 bis 15 Millionen Goldmark belaufen. Der Gesamtschaden ist aber bei weitem höher. Vernichtet wurden ferner große Mengen geschlagenen Holzes. Eine Altzimmer Firma hatte für mehr als 150 000 M. Holz in den betreffenden Gebieten liegen, ebenso einige Stettiner Firmen und die Firma Stinnes erlitten erhebliche Verluste.

Völlig verloren ist auch der wertvolle Wildbestand. Die vor dem Feuer herrschenden Tiere schreckten vor den an den Waldbränden stehenden Zuschauern zurück und eilten wieder in den Wald, wo sie ein Opfer der Flammen wurden. Vom Feuer erfaßt wurde ferner ein Wagen mit zwei Pferden, dessen Kutscher sich nur im letzten Augenblick in Sicherheit bringen konnte. Menschenleben hat der Brand glücklicherweise nicht gefordert, doch ist eine Anzahl der Rettungsmannschaften, namentlich der Reichswehrtruppen, an Rauchvergiftung erkrankt.

aus der Hofsteinischen Straße 27 zu Wilmersdorf, verweigert jede Aussage. Er wurde festgenommen und wird heute der Kriminalpolizei im Polizeipräsidium vorgeführt werden.

Schwarzweißrote Privilegien?

Polizeiliche Strafmandate gegen Schwarz-Rot-Gold.
Wir berichteten vor einiger Zeit unter dem Stichwort: „Streichhölzer verboten — Halenzrenze erlaubt“ von dem seitlichen Privileg, das nationalistische Ordensverleiher beim Vertrieb ihrer Metallwaren genießen. Wir wiesen auf den merkwürdigen Umstand hin, daß der schwarzweißrote Antiquitätenhändler seinen Christbaumzweigen ungehindert feilschen kann, während sonst an der betreffenden Straßenseite jegliches Handeln außer Zeitungserwerb streng verboten ist. Aber es kommt noch besser. Um die imponierende Rechtsgleichheit drastisch zu illustrieren, hat man einem Streichholzverkäufer, der die unangenehme Freiheit besch, die Farben des Reiches, die immer noch Schwarz-Rot-Gold sind, zu verkaufen, ein gepfeffertes Strafmandat ins Haus geschickt. Das Mandat einer hochwohlwollenden Polizeibehörde spricht in netter Symbolik von einem „farbigen Band“, das der Delinquent feilgeboten habe. Allerdings scheint die Polizei farbenblind geworden zu sein. Wir leben nun einmal in einer Republik. Und schließlich ist die Schwarzweißrote Parteifähne der Reaktion auch ein farbiges Band.
Wonach wir sich zu richten bitten.

Zwei Tote im Freibad. Gestern nachmittag ertranken im Freibad Bismarcksee der 18jährige Bäckerlehrling Herbert Thiede aus Köpenick, Weißfische Straße, und der 15jährige Rudolf Rehnig aus der Bismarckstraße 6. Der Unfall wurde erst entdeckt, als man die zurückgelassenen Kleider der beiden fand. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

12. Ust. Reichstagsbeschl. Morgen, Mittwoch abends 8 Uhr Vorhändlung mit Funktionären im Jagdhaus Geseh. Die Genossen treffen sich dabei eine halbe Stunde früher.
13. Ust. Versammlung der DDB. (Verzweigung Sozialdem. Studenten) Mittwoch, den 20. Mai, 8 Uhr, Universitätsstr. 41. Gen. Versammlung Wald: Psychologie des modernen Subjektivismus.
Jugendklub der Arbeitervereine. Heute abends 7 1/2 Uhr Generalversammlung im Jugendheim. Beschlüsse aller Kraft.

Sport.

Breitensträter und van der Beer disqualifiziert!

Der letzte große Schwergewichtskampf Breitensträter — van der Beer, der im Berliner Sportpalast ausgetragen wurde und bekanntlich mit einem „Unentschieden“ endete, hat jetzt den Verband deutscher Faustkämpfer zum Einschreiten gezwungen. Die Untersuchung und die große Zeugenvernehmung hat ergeben, daß der Kampf kein reeller gewesen sei. Der Verband der Faustkämpfer hat daher folgenden Beschluß gefaßt: „Das Kampfergebnis wird aufgehoben, der Kampf als kein Kampf bezeichnet. Die beiden beteiligten Boxer haben je fünfzig Mark Strafe zu bezahlen. Von dieser Strafe wird die Hälfte an die Namen der Stadt Berlin, die andere Hälfte an die Kriegsbefreiung der Stadt Berlin abgeführt. Außerdem wird van der Beer auf ein halbes Jahr für Deutschland disqualifiziert, Breitensträter wird auf drei Monate für Europa disqualifiziert. Die Disqualifikation Breitensträters tritt erst nach Klärung der deutschen Schwergewichtsmasterschaft in Kraft. Erkannt sind Breitensträter die Ausscheldung gegen Diener und im Siegesfall der Weltmeisterkämpfer mit Samson-Rörner. Die Bestrafung wird sofort der Internationalen Boxunion und dem holländischen Boxverband bekanntgegeben. Dem Manager Breitensträters, Th. C. Busch, wird für die Dauer des Jahres 1925 die Lizenz entzogen. Die von dem Manager van der Beers, Griffels, getätigten Verträge werden für das Jahr 1925 vom Verband deutscher Faustkämpfer nicht anerkannt. Dem Ringrichter (Doerrg. Die Red.) wird für das Jahr 1925 die Lizenz entzogen.“

Die deutschen Landerziehungsheime.

Die erste Tagung der deutschen Landerziehungsheime wurde am Montag vom preussischen Kultusminister eröffnet; der Besuch aus allen Teilen des Reiches war wider Erwarten stark. Im ersten Referat behandelte Dr. Alfred Lindereisen Entstehung und Grundstruktur der Landerziehungsheime. Sehr stark klang aus seinen Worten der individualistische und relativistische Charakter dieser Schulen hervor, deren Erziehungsziele zweifellos für unsere Zeit unzureichend sind und für den jungen Menschen der Arbeiterklasse vollends nicht in Betracht kommen können. Noch deutlicher wurde das bei dem zweiten Referat von Dr. Reiner, der völlige Unabhängigkeit der Schule von den Zielen der Familie, dem Staate, dem Berufe forderte. Während für uns Erziehung ein wichtiger Faktor zur Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens ist, dient sie diesen Männern nur zur harmonischen Ausbildung der Persönlichkeit. Das unterscheidet uns bei aller Sympathie für einzelne Erziehungsinstitute und Fortschritte grundsätzlich von den Freunden dieser Schulen, die ja auch rein äußerlich fast durchweg den Kindern der Arbeiterklasse unerschaffbar sind. Damit ergibt sich aber, daß die Landerziehungsheime zwar wichtige Stätten für pädagogische Versuche sind, aber im Rahmen der Volkserziehung nur wenig bedeuten.

Eine neue Jugendherberge in Niederbarnim.

Die wandernde Jugend findet im Kreis Niederbarnim bei der Kreisverwaltung erfreuliches Verständnis und dankenswerter Förderung. Zu den im Kreis bisher vorhandenen vier Jugendherbergen kommt jetzt eine fünfte, die der Kreisrat in dem an der Reichenhagen-Liebenwalder Eisenbahn gelegenen Rianndorf eingerichtet hat. Am Sonntag wurde sie eingeweiht mit einer einfachen Feier, zu der aus Niederbarnim und aus Groß-Berlin viele Jugendvereinigungen erschienen waren, um an den aus diesem Anlaß in Rianndorf veranstalteten Sportspielen teilzunehmen. Auch Mitglieder des Kreisrates und des Kreis-Ausschusses waren zu der Feier nach Rianndorf hinausgekommen, an ihrer Spitze der Landrat Schlemminger, der den Einweihungsakt vollzog. Die auf der sonst so stillen Dorfaufer verarmte Stadtjugend in ihrer Wandertracht bot ein buntes Bild, das auch viele Bemohner des Dorfes anlockte. Vor dem an der Dorfaufer gelegenen Häuschen, in dem die neue Herberge eingerichtet ist, traten die Festteilnehmer zusammen und ein gemeinsam gefungenes Lied leitete die Feier ein. Landrat Schlemminger begrüßte im Auftrage des Regierungspräsidenten und im Namen des Kreis-Ausschusses die Versammelten. In seiner Rede erinnerte er an die Gesundheitschäden, die der Krieg uns hinterlassen hat, und wies hin auf die Notwendigkeit, der aus dem Häusermeer der Großstadt ins Freie sich stürzenden Jugend angemessene Uebernachtungsmöglichkeiten zu schaffen. Die neue Herberge sei mit beschleunigten Mitteln eingerichtet worden, aber mit Hingebung und liebevollem Verständnis für die Jugend. Nachdem Kantor Sommer aus Rianndorf die Herberge in seine Obhut übernommen und ein Vertreter des Brandenburgischen Zweigausschusses vom Deutschen Verein für Jugendherbergen auf die Arbeit dieser Vereinigung hingewiesen hatte, wurde das gütigst geschmückte Häuschen besichtigt. Im Erdgeschoß und im Dachgeschoß sind ein paar Räume freundlich und hübsch hergerichtet worden. Für wandernde Burschen und Mädchen, die übernachten wollen, sind hier dreißig Betten aufgestellt. Eine einfache Uebernachtungsmöglichkeit bestand schon früher in diesem zu einem Gasthofgrundstück gehörenden Häuschen, aber sie genügte längst nicht mehr dem Bedürfnis. An der gemeinsamen Kaffeetafel und bei Spielen blieben die Festteilnehmer noch lange zusammen.

Die Bauvorhaben kinderreicher Familien!

Das Wohlfahrtsministerium hatte am 22. September v. J. eine Verfügung unter II 13, Rr. 3374 erlassen, wonach die Bauvorhaben kinderreicher Familien in erster Linie berücksichtigt werden sollen, die bisher leider wenig beachtet worden ist. Da nun der Landtag einstimmig beschlossen hat, den kinderreichen Familien 90 Prozent der Gesamtkosten bezw. 100 Prozent der reinen Baukosten aus der Hauszinssteuer zu zahlen, liegt es, wie die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Kinderreiche Familien“ schreibt, nun an den einzelnen Bezirksamtern, auf Grund obiger Verfügung den kinderreichen Familien auch das nötige reichlich vorhandene Siedlungsland zur Verfügung zu stellen. Wenn nun der Magistrat den kinderreichen Familien helfen will, so kann es nur dadurch geschehen, daß das den Bezirksamtern zur Verfügung stehende Bauland in Erbpacht gegeben wird, da erfahrungsgemäß die Entschädigung über Verkauf oder Erbpacht beim Magistrat in der Grundstücks-Verwaltungsdeputation liegt. Es gibt Bezirksamter, die Bauland zur Verfügung haben, jedoch solche Preise fordern, die für den kinderreichen Familienvater bei den heutigen Verhältnissen unerträglich sind. Soll er nun Grund und Boden käuflich erwerben, so bekommt er laut Beschluß des Landtages 90 Prozent aus der Hauszinssteuer. Die Resthypothek von 10 Prozent ist er gezwungen selbst aufzubringen, was er als kinderreicher Familienvater niemals in der Lage ist. Erhält er aber das Land in Erbpacht, so bekommt er 100 Prozent der reinen Baukosten aus der Hauszinssteuer. Daß die Kommunen und Stadtverwaltungen bei Vergebung von Bauland in Erbpacht trübe Erfahrungen gemacht haben, lag in erster Linie daran, daß ein großer Verwaltungsapparat benötigt und zweitens, daß das Land an einzelne Pächter abgegeben wurde. Gibt man nun Genossenschaften das Bauland in Erbpacht, so erübrigt sich ein großer Verwaltungsapparat und die Abrechnung erfolgt nur mit der Genossenschaft.

Um den kinderreichen Familien wirkliche Hilfe zuteil werden zu lassen, würde es sich empfehlen, sämtliches Siedlungsland für kinderreiche Familien, die einer gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft angeschlossen sind, in Erbpacht zu geben. Nur in diesem Sinne wirkt der Beschluß des Landtages zugunsten kinderreicher Familien.

4 Jahre Zuchthaus beantragt, trotzdem freigesprochen.

Ein Zuhälter im Alter von etwa 40 Jahren stand auf der Anklagebank des Schöffengerichts Berlin-Mitte. In der Verhandlung trat ein einziger Zeuge auf, der wegen Diebstahls auf einer Tagfahrt vorgeführt werden mußte. Er beschuldigte den Angeklagten des Diebstahls an keiner letzten Habe. Umgekehrt hat der Angeklagte, ein Bäcker Walter Sch., den Zeugen wegen Diebstahls seiner Legitimationspapiere angezeigt. Auf der Bahre liegend, entwiderte der Zeuge seine Anschuldigungen gegen den Angeklagten in flüchtiger Rede, etwas lechziger, aber gewandt. Er will 2 Embreder beobachtet haben, von denen einer der Angeklagte war. Sie trugen aus seinem Wohnhause einen Koffer fort. „Nacht“, ruft er, „wohin mit meinem Koffer? — Da erfolgt ein ermunternder Aufruf, es tracht ein Schuß, der dem Zeugen durch die Infolge eines Furunkels angeschwollene rechte Hand schlägt. „Merkwürdig“, bemerkt der Vorsitzende. Über der Zeuge konnte die Polizei nicht rufen, denn er selbst wurde gerade strobriellisch gefucht, da er wegen Meineides vorurteilt, aber flüchtig war. Noch schlimmer, sagt der Vorsitzende. Eine Schürze ist es, meint der Staatsanwalt, einem gehehnten Menschen seine letzte Habe abzunehmen. — Ich beantrage 4 Jahre Zuchthaus. Nach einer kurzen Beratung verkündete das Gericht den Freispruch, denn der Angeklagte sei nicht weniger glaubwürdig als der Zeuge, und jenem sei weder seine Schuld, noch seine Unschuld zu beweisen.

Nachtflüge in Koffitten.

Koffitten, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Nachtflug zeigte gute Ergebnisse. Es flogen Schütz eine halbe Stunde, dann Partens dreizehn Minuten bei Wilkops und endlich Fuchs sechs Minuten bei Wind von acht Sekundennoten.

Pockenepidemie in England. Im ersten Vierteljahr dieses Jahres sind in England und Wales 1760 Fälle von Pocken bei den Gesundheitsbehörden gemeldet worden.

Stadt und Hochbahn.

Ein Berliner Mittagsblatt bringt in sensationeller Aufmachung die Meldung, daß die Stadt Berlin die Hochbahn durch Erwerb der Aktienmehrheit in ihren Besitz überführen wolle. Es wird behauptet, daß auf der Tagesordnung der morgigen Magistratsitzung der Punkt „Erwerb der Hochbahn“ stehe und daß als Referent der Kammerer Dr. Karding und Stadtbaurat Dr. Adler vorgesehene seien. Wie genau diese Mitteilungen sind, geht schon daraus hervor, daß Dr. Karding überhaupt nicht in Berlin ist und erst am Freitag zurückkehrt wird. Allerdings besteht für die Stadt die Möglichkeit, im November d. J. sich darüber verbindlich zu erklären, ob sie 1927 zu den Bedingungen des bisherigen Konzessionsvertrages die Hochbahn erwerben will. Es ist aber vollkommen ausgeschlossen, daß unter den heutigen Verhältnissen solche Entscheidung erfolgt. Wahrscheinlich wird die Stadt aber die Gelegenheit benutzen, um den Konzessionsvertrag zu ändern und auch eine Reihe übriger Streitfragen zu regeln. Alle diese Dinge hängen formell mit dem aktienrechtlichen Streit in der Generalversammlung der Hochbahn nicht zusammen. Es erscheint auch vorläufig ausgeschlossen, daß bis zur nächsten Generalversammlung, die am nächsten Sonntag stattfindet, eine Verständigung herbeigeführt wird. Bis zu einem Erwerb der Aktienmehrheit der Hochbahn durch die Stadt ist jedenfalls noch ein weiter Weg, so sehr ein solcher Schritt auch im Interesse der Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs zu begrüßen wäre. Im übrigen wird möglicherweise die heutige Stadterordnetenversammlung auf Grund eines kommunalpolitischen Antrages Gelegenheit nehmen, sich mit der Frage zu beschäftigen, wenngleich die Abwesenheit des Kammerers einer sachlichen Diskussion nicht gerade förderlich sein wird.

Eine tolle Autofahrt.

Das Abenteuer einer Artistin.

Eine geheimnisvolle Entführung beschäftigt die Kriminalpolizei. In der vergangenen Nacht zwischen 12 und 1 Uhr verließ die 21 Jahre alte Artistin Emma G. das „Café Stern“ am Oranienburger Tor, in dem sie als Tänzerin auftritt, um ihre Wohnung in der Oranienburger Straße aufzusuchen. Von der Tür aus rief sie einen Chauffeur heran, sagte ihm ihre Wohnung und stieg arglos ein. Erst am Autospiegel merkte sie, daß der Wagen eine ganz andere Richtung eingeschlagen hatte. Sie rief jetzt um Hilfe, und ein Posten der Schutzpolizei hörte sie auch. Der Chauffeur ließ sich aber nicht aufhalten. Der Beamte konnte ihn nicht verfolgen, weil er keinen Wagen fand. In rasender Fahrt ging es jetzt weiter nach dem Tiergarten und die Charlottenburger Chaussee entlang. Hinter dem Großen Stern trat dem Wagen ein Schupobeamter der Kleinen-Tiergarten-Wache entgegen, weil er viel zu schnell und noch dazu ohne Licht fuhr. Der Chauffeur kümmerte sich aber nicht im geringsten um die Haltpolizei. Er hätte den Beamten über den Haufen gefahren, wenn er sich nicht im letzten Augenblick durch einen Seitenprung gerettet hätte. Am Bahnhof Tiergarten fiel der rasende Wagen aus anderen Chauffeuren auf. Einer von ihnen wendete rasch sein Auto und nahm mit dem Schupobeamten, der herangeekelt war, die Verfolgung auf. Die Insassen rief fortwährend weiter um Hilfe. Am Bahnhof Heerstraße holte man den Wagen ein, als er hier eine Wendung gemacht hatte. Er war aber leer. Auf die Frage, wo die Dame geblieben sei, gab der Chauffeur keine Antwort. In diesem Augenblick aber kam auch die Insassen schon herangekehrt. Sie war etwa 60 Meter vor dem Bahnhof wählend der vollen Fahrt hinausgesprungen und mit Faustschlägen auf den Armen und den Knien davon gekommen. Die Tänzerin kann sich diese sonderbare Entführung nicht erklären. Sie kennt den Chauffeur nicht und hat ihn nie vorher gesehen. Der Wagenführer selbst, der Chauffeur Friedrich Stephan

Gewerkschaftsbewegung

Neuorganisation der Gewerkschaftsarbeit.

Da viele Mitglieder der RPD. — nach den Ausführungen von Kasper in der Sonntagsausgabe der „Roten Fahne“ — noch nicht begriffen haben

„dass in der gegenwärtigen Situation die „Gewerkschaftsarbeit“ eine der wichtigsten politischen Aufgaben darstellt, die die Kommunisten zwischen zwei Wellen der Revolution (1) zu erfüllen haben“

soll allen RPD.-Genossen die Notwendigkeit und Wichtigkeit der „Gewerkschaftsarbeit“, das heißt, der kommunistischen Hebe- und Quertreiberei in den Gewerkschaften offensichtlich klar gemacht und den dauernden Drückebergern auch die Möglichkeit zu faulen Ausreden“ genommen werden. Zu diesem Zweck hat die kommunistische Bezirksleitung Berlin-Brandenburg die Parole ausgegeben, in Zukunft laufend jeden Monat für den dritten Mittwoch einen allgemeinen Gewerkschaftstag festzusetzen.

Das Kasper-Theater soll bereits morgen, Mittwoch, beginnen und den Auftakt bilden zu einer großzügigen, planmäßigen Arbeit zur Vorbereitung des 1. deutschen Gewerkschaftskongresses.

Diese Vorbereitung der Moskauer Filiale in Berlin, genannt RPD.-Zentrale, soll von der Parole geleitet sein:

„die deutschen Gewerkschaften müssen sich dem anglo-russischen Einheitskomitee anschließen, damit die internationale Gewerkschaftseinheit als Abwehrfront gegen die internationale monarchistisch-kapitalistische Reaktion schnellstens zustande kommt.“

Schon auf diesen vor dem Gewerkschaftskongress stattfindenden Verbandstagen muß zur internationalen Gewerkschaftseinheit Stellung genommen und, soweit möglich, auf den Gewerkschaftskongress ein Druck in dieser Richtung ausgeübt werden.“

Alle Klassenbewußten (soll heißen kommunistischen) Arbeiter in der deutschen Gewerkschaftsbewegung sollen zu streifen Fraktionen zusammengefaßt werden — um, wie bereits erwähnt, für die politischen Zwecke der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften zu „arbeiten“.

Das genügt, den neuen Aktionsplan der RPD.-Zentrale den Gewerkschaftsmitgliedern zur Kenntnis zu bringen. Ihre Aufgabe wird es sein, die vernünftigeren RPD.-Mitglieder in den Gewerkschaften, „die dauernden Drückeberger“ wieder auf unsere Seite zu bringen, im übrigen aber mit den kommunistischen Partisanen in den Gewerkschaften kurzen Prozeß zu machen, ihnen gründlich das Konzept zu verderben und zur Tagesordnung überzugehen.

Das verlogene Gerede der Drahtzieher über „Gewerkschaftseinheit“ soll lediglich das Treiben dieser „Gewerkschaftsroberer“ maskieren. Zu den Verbandstagen und dem Gewerkschaftskongress können nur solche Delegierte geschickt werden, die die der RPD.-Zentrale so sehr verhasste „reformistische“ Gewerkschaftsarbeit zu würdigen wissen und sie fördern helfen.

Tarifbewegung der Omnibusangestellten.

Eine Vollversammlung des dienstfreien Personals der Omnibusgesellschaft hörte am Freitagabend ein Referat des Bevollmächtigten Dr. Mann vom Verkehrsverband über den Stand der Tarifbewegung. Die Genosse Knebel berichtete, sind die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Manteltarifvertrags bis auf einige strittige Punkte zum Abschluß gekommen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß die Funktionäre der Omnibusbediensteten endgültig über den Manteltarifvertrag beschließen, falls die weiteren Verhandlungen eine Klärung bringen sollten. Die Angestellten fordern einen Zuschlag für Nachtarbeit, auch für die im Hofdienst beschäftigten Fahrer. Die Abänderung der Arbeitszeitvorschriften für dauernde Nachtarbeit muß so getroffen werden, daß statt der bisher vorgezogene einviertelstündigen Pause während der neunstündigen Arbeitszeit eine halbstündige Pause gesetzt wird. Die Wogenwäscher bestehen ferner auf einem Zuschlag von 8 Proz. zum Schichtlohn für Nachtarbeit.

Bezüglich der Lohnbewegung hoffen die Omnibusangestellten auf eine Erledigung innerhalb acht Tagen. Die geforderten Lohnerhöhungen sind für die Omnibusgesellschaft durchaus tragbar. Die Verhandlungen darüber werden fortgesetzt.

Gehaltsbewegung des Hochbahnpersonals.

Gestern abend nahm das Betriebspersonal der Hochbahn einen Bericht der Organisationsvertreter über den Stand der Gehaltsbewegung entgegen. Auf die Forderung nach einer Erhöhung der Gehälter um monatlich 40 Mark antwortete die Direktion, daß die Auseinandersetzungen mit der Stadt Berlin ihr keine Zeit zu Gehaltsverhandlungen lasse; die gleiche An-

wort, die sie dem technischen Personal gegeben hat. In der Versammlung herrschte darüber großer Unwille. Es wurde schließlich einer Resolution zugestimmt, die von der Direktion bis zum Mittwoch die Ansetzung eines Verhandlungstermines verlangt.

Außerordentlicher Gantag der Bankangestellten.

Am Sonnabend tagte im Palais des Zentrums, Rosenthaler Straße, der außerordentliche Gantag des Gau- und Groß-Berlin-Brandenburg des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten (A.V.B.). Aus dem umfangreichen Geschäfts- und Kassenbericht, den der Gausekretär Gaedike gab, verdient besonders der Bericht über den im letzten Jahre stattgefundenen Abbau hervorgehoben zu werden. Wohl keine Gewerkschaft hat einen solchen in seiner Auswirkung so furchtbaren Abbau über sich ergehen lassen müssen. Die Organisation hat alle Kräfte aufzubieten müssen, um einen Damm gegenüber der heftigen Wirtschaftskrise, aber auch den Mächtschäften machtlustiger Finanzkapitäne entgegenzusetzen. Die Rechtsabteilung hat in musterwürdiger Weise den Abgebauten zu Hilfe kommen können.

Dank der ausdauernden Mitarbeit von Funktionären und Betriebsräten ist die Gewerkschaft aus dieser Krise gesundet hervorgegangen. Die Finanzen stehen günstig; die Werbung neuer Mitglieder hat erfreuliche Resultate gezeitigt. Allein die Abstimmung über die Organisationszugehörigkeit im Bankgewerbe brachte rund 1000 neue Mitglieder.

Dem Vorstand und der Geschäftsführung wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Abstimmung über die von der kommunistischen Fraktion eingereichten Anträge zeigte deren Bedeutungslosigkeit.

Das Schlußwort ließ klar erkennen, daß die Entwicklung des freigewerkschaftlichen Verbandes der Bankangestellten zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt.

Gewerkschaftsjugend-Konferenz in Thüringen.

Jena, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Hier tagte am Sonntag eine Bezirkskonferenz gewerkschaftlicher Jugendleiter für den Freistaat Thüringen und die angrenzenden preussischen Gebiete Mitteldeutschlands. Anwesend waren Vertreter des Bundesvorstandes des A.D.B. Die Konferenz beschäftigte sich intensiv mit dem notwendigen Wiederaufbau der erheblich gestörten gewerkschaftlichen Jugendbewegung in diesen Teilen Mitteldeutschlands, die, wie kaum ein anderes Gebiet unter der Versplitterung der Kommunisten gelitten hat. Der Oberregierungsrat D. Herring-Weimar sprach über den Aufbau des Berufsschulwesens und seine Entwicklung. Die Konferenz nahm mehrere Entschlüsse an, darunter eine dahingehend, daß die Bezirke Thüringens und der angrenzenden preussischen Gebiete sowie Sachsen-Anhalt auf die in den thüringischen Landtagsbeschlüssen bedauert, auf Grund dessen die Volkswirtschaftsschule in Jena abgebaut sei. Es wurde ferner eine Entschlußung an die geschiedenen Körperschaften der Staaten dahin gefaßt, daß es in kulturellem und wirtschaftlichem Interesse notwendig sei, die gesetzliche Neuordnung des Lehrlingswesens schnellstens den Forderungen der Gewerkschaften entsprechend zu erledigen. Nur durch gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer wird die berufliche

Ausbildung zeitgemäß gesteuert werden können. Außerdem hat die Konferenz gefordert: Erhöhung der Schutzzgrenze für Jugendliche auf 18 Jahre, eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden einschließlich Schulzeit und Aufräumungsarbeiten, ein Nachtarbeitsverbot für alle Jugendliche, ausreichende Arbeitspausen und freie Sonnabend-Nachmittage. Auch die gesetzliche Forderung eines dreiwöchentlichen bezahlten Sommerurlaubs durch Gesetz wurde für notwendig erachtet.

Die Konferenz ist ein erfreuliches Zeichen wiedererwachsender Arbeit in Mitteldeutschland. Daß die Kommunisten versuchten, die Konferenz durch törichte Anträge und irre Rede zu stören, ist am Ende nicht verwunderlich. Die Konferenz lehnte jedoch einmütig die kommunistische Störungsarbeit ab.

Beginn der Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am heutigen Vormittag beginnt hier die 7. Internationale Arbeitskonferenz. Der Verwaltungsrat hat als Präsidenten der Konferenz den tschechoslowakischen Außenminister Benesch in Aussicht genommen.

Nach einer II. Meldung, in der unser Genosse Hermann Müller (Potsdam) vom A.D.B. als Arbeitnehmer mit dem Genossen Hermann Müller (Franken) vom Parteivorstand, Reichssekretär a. D. verwechselt wird, ist Vertreter der Arbeitgeberverbände Kommerzienrat Vogel, Mitglied des sächsischen Textilindustrieverbandes, während als Sachverständiger der Arbeitgeberverbände, Dr. Ostern, Syndikus der nordöstlichen Stahl- und Eisenindustrie, Prof. Turckmann von der Anilinindustrie erschienen.

Genf, 19. Mai. (A.D.B.) Als Auftakt zur Internationalen Arbeitskonferenz hatte sich am Montag der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes unter dem Vorsitz von Arthur Lafontaine versammelt. Er beschäftigte sich mit dem Bericht des Direktors über die Tätigkeit des Amtes seit der letzten Session. Es wurde mitgeteilt, daß die Ratifikationen einen günstigen Fortgang nehmen. Der Rat nahm Kenntnis von den Arbeiten der paritätischen Marinekommission und der Konferenz der Arbeitsstatistiker. Er hat weiter die endgültige Liste der dem Auswandererkomitee und dem Komitee für industrielle Angelegenheiten zugeteilten Sachverständigen festgesetzt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Fertig sind die erweiterten Vertriebsräume der ältesten Herren- und Knaben-Bekleidungs-Firma S. Joseph, Schöneberg, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße. Es ist wieder ein Schlager Beweis der Beliebtheit und Leistungsfähigkeit der Firma, daß die Geschäftsräume ganz bedeutend vergrößert werden mußten. Zur Ergänzung der umgebauten Räume bietet die Firma wieder ganz vorzügliche Qualitäten zu enorm billigen Preisen zum Verkauf. Siehe Anzeige in der vorliegenden Nummer.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Saleranus; Gewerkschaftsbewegung: Feiler, Käfer; Sozialisten: Dr. John Schilowski; Solos und Sonstiges: Erik Karst; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S.O. 44, Lindenstraße 1.

J. Baer, Berlin N, Badstr. 26 Ecke Prinzen-Allee
Gegründet 1886

Empfehle mein reichhaltiges Lager

fertiger Herren- und Knaben-Bekleidung
Die Maßabteilung steht unter Leitung bewährter Zuschnittler
und bietet Gewähr für eleganten Sitz bei bester Verarbeitung

Sport- und Berufskleidung • Gummi-Gabardine- u. Lodenmäntel
Reichhaltige Auswahl in Lüsier-, Leinen- und sonstiger Sommerbekleidung.



Touristenverein „Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Berlin G. V.

Hierdurch berufen wir auf Mittwoch, den 27. Mai 1925, zu abends 7 Uhr nach der Schule Weinmeisterstraße 16/17 die

ordentl. Generalversammlung

der Ortsgruppe Berlin G. V. des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ mit folgender Tagesordnung ein:

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht der Rentieren.
3. Stellungnahme zur Hauptversammlung des Touristenvereins.
4. Wahl der Ortsgruppenleitung.
5. Anträge.
6. Verschiedenes.

Die Ortsgruppenleitung, J. V. G. Scholl.

Auf Teilzahlung

Herren- Knaben- **Garderober**
Gummi-Mäntel f. Damen
Gelegene Wochen- oder Monatsraten
Betwäsche, Gardinen, Teppiche,
Korbmöbel, Metallbetten

Antel, Gr. Frankfurter Str. 34
Strausberger Platz
Gegründet 1901

Metallbetten
Stahlmatratz, Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

LJUERGENS
ALEXANDER PLATZ

*Das Haus der
Kleinen Damen
Kleidermacherinnen*



Auf Teilzahlung!

Herren- u. Burschen- Garderober!

Kleine Anzahlung! • Bequeme Abzahlung!

CAMNITZER
Schönhauser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring

Besonders *virtuos sind die kleinsten ANZÜGE in „Juwel“ auf höchst schönem billig!*

DEBERTO

IST UNSER ERWEITERUNGSBAU

Konkurrenzlos billige Reklame-Angebote

Herren-Anzüge haltbare Stoffe 32.00	23.00	Gabardine-Schulpler 72.00, 55.00	39.00	Sport-Anzüge mit langer u. Sporthose 79.00, 62.00	45.00	Maß-Anzüge feinste Verarbeitung 150.00, 125.00	95.00
Herren-Anzüge reine Wolle 48.00	35.00	Herren-Ülster Tailorform 75.00, 58.00, 45.00	32.00	Manchester-Anzüge Lindener Körperw. 54.00, 42.00	35.00	Chauffeur-Livree Tuch u. Cord 100.00, 85.00	65.00
Herren-Anzüge elegante Frühjahrsmuster 62.00	54.00	Gummi- u. Lodenmäntel 45.00, 35.00, 24.00	16.50	Windjacken impr. Gabardine u. Zellbahnstoff 25.00, 15.00	10.50	Knaben-Anzüge Wollstoffe 29.00, 21.00, 14.00	8.50
Herren-Anzüge Gabardine u. Kammg. Maßanzug 85.00	72.00	Gestr. Hosen u. Breeches 25.00, 18.00, 13.00, 9.50	6.50	Lüster- u. Leinen-Jacken 21.00, 14.00, 9.50	4.75	Knaben-Wasch-Anzüge 14.00, 9.50, 7.50	3.75

Mein altes Prinzip: Nur hochwertige Qualitäten

SCHÖNEBERG S. JOSEPH HAUPT STR. 1
ECKE GRUNEWALD STR.